

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Hereinspaziert?

Mit der Abschaffung der Personenkontrollen erhalten Kriminelle und illegale Einwanderer freie Bahn. Es entsteht ein grosses Sicherheitsrisiko, das weder mit mobilen Patrouillen im Hinterland noch mit Computer-Daten reduziert werden kann. Die Schengen-Befürworter bestreiten diese absehbaren massiven Probleme. Die 12 dicksten Lügen der Befürworter haben wir für Sie widerlegt. **Seiten 8 - 9**



Zeit für den eisernen Besen

Seite 3

Nationalrat Yvan Perrin zur teils largen Praxis der Kantone in Asyl- und Ausländerfragen

Krisenfall Swiss: Die Vorschläge der SVP

Seiten 4 - 6

Die Nationalräte Otto Laubacher und Hermann Weyeneth zur Luftverkehrspolitik der SVP

Wunschtraum oder Wirklichkeit?

Seite 15

Die SVP Neuenburg präsentiert ihre fünf kompetenten Regierungskandidaten



Wirtschaftswachstum - neue Arbeitsplätze sind möglich

Damit unsere Wirtschaft die seit Jahren dauernde Wachstumsschwäche überwinden kann, ist eine massive Senkung der Steuerbelastung unumgänglich.

Seit rund 15 Jahren wächst die Schweizer Wirtschaft kaum noch. Zwischen 1991 und 2003 betrug das durchschnittliche reale Wachstum des Bruttoinlandprodukts knapp 0.9 % pro Jahr. Ein Wirtschaftswachstum von über 0.5 % wurde nur jedes zweite Jahr erreicht. Die Einnahmen von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen stiegen dagegen viel stärker an. Während es der Wirtschaft kaum gelang, zusätzliche Mittel zu erarbeiten, mussten Unternehmen und Privathaushalte immer mehr Geld über Steuern, Gebühren und Abgaben dem Staat und den Sozialversicherungen abliefern. Der Staat entzieht der freien Wirtschaft immer mehr Mittel.

Die zunehmende Steuerbelastung ist unzweifelhaft ein wichtiger Grund für die Wachstumsschwäche, welche für unser Land seit Jahren eine grosse Belastung darstellt. Eine Senkung staatlicher Abgaben ist zur Belebung der Wirtschaft dringend notwendig. Andernorts durchgeführte Entlastungen – zum Beispiel von der Regierung Thatcher in Grossbritannien oder vom amerikanischen Präsidenten Reagan – zeigen auf, dass sich die massive Entlastung der Bürger auf das Wirtschaftswachstum und die Arbeitsplätze sehr positiv ausgewirkt hat. Anfängliche Defizite wurden durch die stärkere Wirtschaft rasch aufgefangen.

Als in Grossbritannien die massiven Steuersenkungen beschlossen wurden, lag das Bruttoinlandprodukt pro Kopf in etwa auf dem Niveau der damaligen DDR. Heute steht Grossbritannien besser da als die anderen europäischen Staaten. Warum nicht auch in der Schweiz diesen Weg beschreiten?

Bundesrat Christoph Blocher

STADLER
Cleverer Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com





Zeit für den eisernen Besen

Die Praxis der Kantone in Asyl- und Ausländerfragen war lange geprägt von der Mentalität und der Geschichte der verschiedenen Regionen. So gehören die illegalen Arbeitskräfte, die Sans-Papiers in der französischen Schweiz gewissermassen zum Alltag und Asylsuchende werden nicht überall gleich konsequent ausgeschafft. So kann es nicht weitergehen!

Zur Gründung der letzten SVP Kantonalpartei, der Sektion Neuenburg, erhielten wir einen Besen, um einmal so richtig auszukehren im Kanton. Einen Besen braucht es aber nicht nur in Neuenburg. So lange wir nicht in der ganzen Schweiz die gleiche konsequente Asyl- und Ausländerpolitik haben, werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen.

Sans-Papiers regularisieren?

Die französischsprachige Schweiz lebt seit langem mit dem Phänomen der Sans-Papiers, der Personen ohne Aufenthaltbewilligung (nicht zu verwechseln mit den papierlosen Asylsuchenden. Die Sans-Papiers verfügen über ihre Pässe, sie haben aber kein Aufenthaltspapier für die Schweiz, also kein Aufenthalts- oder Niederlassungsrecht). Die politischen Mehrheiten stören sich wenig daran, dass das Ausländerrecht durch die Vielzahl der illegalen Arbeitnehmer unterhöhlt wird. Ja, es gibt sogar Gemeinden, in denen die Illegalen mehr oder weniger offiziell leben, ihre Kinder einschulen, sogar Kinderzulagen erhalten und krankenversichert sind. Man fragt sich wirklich, wie so etwas sein kann.

Nach den Kirchenbesetzungen, vor allem 2001, war es wieder ruhiger geworden um die Sans-Papiers. Bis vor kurzer Zeit, als der Kanton Genf wieder einmal auf die Idee kam, für rund 5600 Sans-Papiers in Bern eine Amnestie zu

verlangen. Eben weil diese illegalen Aufenthalter so „normal“ in unserem Land leben. Ähnliche kollektive Regularisierungsgesuche gab es schon in der Vergangenheit. Unverständlich, wenn solche Gesuche überhaupt geprüft werden.



Die Rechtslage ist klar. Wer illegal in der Schweiz ist, hat das Land zu verlassen. In einem Rechtsstaat geht es nicht an, die Illegalität zu legalisieren, nur weil sie lange genug ange dauert hat oder die Person ja so integriert ist. Wir verhandeln im Parlament nicht stundenlang über die Artikel zur Zulassung von Ausländern in der Schweiz, um gleichzeitig die illegale Zuwanderung einfach hinzunehmen und nachträglich noch zu legalisieren.

Abgewiesene Asylsuchende verstecken?

Die Kantone haben selbstverständlich das Recht, ihre Interessen gegenüber Bern zu vertreten. Wo aber die Interessenwahrung nichts mehr

mit den kantonalen Interessen, sondern mit rechtswidrigen Aktivitäten gewisser Kreise zu tun hat, da hört der Spielraum der Kantone auf. Die Aktivitäten, welche die linken Parteien zur Protektion abgewiesener Asylsuchenden



Nationalrat Yvan Perrin, La Côte-aux-Fées (NE)

gangbarer und weder ein humaner noch ein gerechter Weg ist. Wenn nun von Bern endlich eine konsequente Asylpolitik eingeschlagen wird, ist diese auch von den Kantonen zu tragen und zu vollziehen. Auch in der Westschweiz.

Schluss mit der Bananenrepublik!

Die Zahl der neuen Asylgesuche ist endlich etwas zurückgegangen. Dies ist aber kein Grund zurückzulehnen oder gar lascher zu werden in der Ausländerpolitik. Noch immer bewegen wir uns mit den Asylzahlen auf hohem Niveau und noch immer verzeichnet die Schweiz in allen Bereichen zu viele Zuwanderer. Kein Wunder steigen die Arbeitslosenquoten laufend an und explodieren die Sozialkosten. Die Kantone müssen alle am gleichen Strick ziehen, wenn wir die Asyl- und Migrationsprobleme lösen wollen. Die Gesetze sind zu respektieren und zu vollziehen und die schwarzen Schafe unter den Kantonen sind nicht länger zu tolerieren. Wir dürfen uns nicht dazu verführen lassen, weiter ins Laisser-faire abzugleiten bis wir nur noch eine Bananenrepublik sind. Dazu braucht es starke Kräfte, in den Kantonen und im Bundesrat. Und: Es genügt nicht nur ein neuer Besen, der gut kehrt. Es braucht den eisernen Besen. ◀



Die Luftverkehrspolitik der SVP und die Prioritäten des Bundes

Schon von Beginn weg hat sich die SVP sehr skeptisch zum Engagement des Bundes in der Fluggesellschaft Swiss geäussert. Nicht nur, dass der Geburt das unwürdige Spiel „Gewinne einstreichen, Verluste sozialisieren“ vorausgegangen war. Auch die Begründungen für den Niedergang der Swissair waren mehr als fragwürdig, und es bleibt das ungute Gefühl, dass damit nicht zuletzt auch die Versäumnisse des Bundes kaschiert werden sollten.

Dieses Gefühl verschwindet auch nicht, wenn der Bund nun in seinem luftfahrtpolitischen Bericht beklagt, sein Vertrauen in die Fähigkeiten der privatwirtschaftlichen Marktteilnehmer sei enttäuscht worden. Vertrauen entbindet schliesslich nicht von der Aufsichtspflicht.

Dass der Staat es besser machen könnte, muss wenigstens in Frage gestellt werden. Das damals in aller Eile aufgelegte Konzept Swiss ist gescheitert. Und die Bundesstellen nehmen dankbar jede faule Ausrede der Swiss auf, wenn sie die anvisierten Ziele verfehlt. Seien es SARS, der Irakkrieg oder die vermeintlich viel tieferen Kosten der Billiganbieter – jede Entschuldigung ist recht, um mögliche neue Bundesgelder zu begründen. Letztlich aber kann sich niemand mehr der Erkenntnis verschliessen, dass auf staatliche Intervention der Ruf nach immer neuer staatlicher Unterstützung folgt. Das zutreffende Wort von der fliegenden SBB ist inzwischen - aus verständlichen Gründen - leider erfolgreich verdrängt...

Vernünftige Luftfahrtspolitik

Zu allererst einmal: Luftverkehrspolitik ist nicht Selbstzweck. Sie hat ganz bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Sie muss:

► die internationale Verkehrsanbindung der Schweiz

garantieren.

► die nachgefragten Leistungen anbieten können.

► diese Angebote eigenwirtschaftlich erbringen können.

Verschiedene Elemente helfen, diese Ziele zu erreichen. Wir sind der Meinung, dass dafür nicht eine „nationale“ Fluggesellschaft entscheidend ist, sondern viel mehr die politischen Rahmenbedingungen und eine attraktive Infrastruktur.

Letztlich ist es nicht das permanent schrumpfende Streckennetz der Swiss, das die Schweizer Luftverkehrspolitik beeinträchtigt. Schädlich wirken vor allem die deutschen Überflugsbeschränkungen, der unsinnige Verteilungskampf um die Lärmbelastung, die drohende Plafonierung der Flugbewegungen, Forderungen nach noch stärkerer steuerlicher Belastung von Flugtreibstoff und eine Verkehrspolitik, der aus ideologischen Gründen der Flugverkehr höchst unsympathisch ist. Das alles sind politische Probleme, also Aufgaben, denen sich der Bund schon lange hätte annehmen sollen.

Anstatt eine eigene Fluggesellschaft zu betreiben, muss sich der Bund dieser Probleme annehmen. Er hat vielfältige Einflussmöglichkeiten, um die Rahmenbedingungen positiv zu gestalten. Diese muss er endlich wahrnehmen!

Zunächst einmal muss der Bund von seiner unsinnigen Verlagerungspolitik abrücken. Einerseits besteht keine gesetzliche Grundlage für die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene. Andererseits haben die beiden Verkehrsträger unterschiedliche Funktionen. Wer glaubt denn wirklich, dass in vier Stunden Reisezeit die gleichen Destinationen per Bahn erreicht werden können wie auf dem Luftweg? Und wie ist schliesslich der Widerspruch zu rechtfertigen, dass der Bund mit Milliardenbeträgen die Reisezeiten nach München, Mailand und Paris und zu ihren Luftverkehrsdrehkreuzen verkürzen will, aber damit gleichzeitig seine eigene Fluggesellschaft konkurrenziert?

Weiter stellt er die Sicherheit in der Luft und am Boden sicher. Dazu muss er keine neuen Gebühren erheben. Das ist nicht eine neue Aufgabe, sondern schon seit langem ein gesetzlicher Auftrag.

Neue Verhandlungen

Der Bund muss auch die Probleme mit Deutschland angehen. Da braucht es wohl neue Verhandlungen und es müssen auch alle anderen offenen nachbarschaftsrechtlichen Fragen auf den Tisch gelegt werden. Auf keinen Fall mehr darf der Fehler gemacht werden, dass die süddeutsche



► Nationalrat Otto Laubacher, Kriens (LU)

Bevölkerung einfach übergangen wird.

Bedeutung von Zürich-Kloten

Dass sich damit das Lärmproblem einfach in Luft auflöst, mag man bezweifeln. Mit Sicherheit aber lässt es sich entschärfen. Wichtiger aber ist, dass der Bundesrat den an Zürich angrenzenden Regionen klar macht, welche Bedeutung der Flughafen Zürich-Kloten für die gesamte Schweiz, für die exportorientierte Wirtschaft und für den Tourismus.

Wenn der Bund so attraktive Rahmenbedingungen schafft und der Luftverkehr die Nachfrage bedürfnisgerecht befriedigen kann, sind auch keine neuen Bundeskompetenzen und Bundesgelder nötig und die Frage, ob es eine nationale Airline braucht, um das Drehkreuz Zürich aufrecht zu erhalten, kann vom Markt beantwortet werden.

So wie schon die Frage nach einer nationalen Fluggesellschaft nach dem Grounding der Swissair vom Markt und nicht von der Politik hätte beantwortet werden müssen. Das Lehrgeld war teuer genug, ziehen wir also wenigstens diese Lehre! ◀



Wie verhindern wir einen zweiten Fall Swiss

„Das in sehr kurzer Zeit ausgearbeitete Konzept bezieht sämtliche am Weiterbestehen einer nationalen Fluggesellschaft mit Interkontinental-Verbindungen interessierten Kreise mit ein. Es darf deshalb als gelungener Versuch gewertet werden, eine Krise durch gemeinsame Anstrengungen von Privatwirtschaft und Staat zu meistern.“

Zitat aus der Botschaft des Bundesrates über die Finanzierung des Redimensionierungskonzeptes für die nationale Zivilluftfahrt vom 7. November 2001 (01.067)

Ist dieser Versuch tatsächlich gelungen, wie Bundesrat und Finanzdelegation das Parlament und die Öffentlichkeit im Oktober 2001 instrumentalisiert haben?

Oder wie die vereinigte Linke zusammen mit den Gewerkschaften auf dem Bundesplatz lauthals verlangt hat. Man erinnert sich der Hochrufe auf die damalige Unternehmensführung und den Wirkungen des Drucks der Strasse auf Bundesrat und Parlament.

Von allem Anfang an hat sich die SVP mit allen Kräften gegen diesen wirtschaftspolitischen Sündenfall zur Wehr gesetzt. Doch „die Koalition der Vernunft“ (CVP, FDP und SP) triumphierten. Seither wird im Quartalsrhythmus redimensioniert, nicht ohne dass die vom Steuerzahler beanspruchten finanziellen Mittel von Etappe zu Etappe l'art pour l'art verbrannt werden.

Eine im März 2003 eingereichte Forderung nach einer PUK zur Klärung der Verantwortlichkeiten (UVEK, BAZL und den Organen der Unternehmung) im Fall des Swissairniedergangs, begleitet von der CVP, fand keine Mehrheit im Nationalrat. SP und FDP, aber auch die Gewerkschaften waren an einer solchen Klärung nicht im geringsten interessiert.

Es macht wenig Sinn, über die verschüttete Milch zu jammern.

Wichtiger scheint es der SVP, die Lehren aus dieser in der Schweizergeschichte wohl grössten Vernichtungsaktion öffentlicher Gelder nach den unerbaulichen Erfahrungen die Lehren zu ziehen. Sie hat dies schon bisher mittels gezielter Vorstösse eingeleitet und wird weitere Vorstösse zur Be- oder Verhinderung solcher Fehlentwicklungen einreichen.

01.462 Pa. Iv. Die demokratische Kontrolle sichern

Die Teilrevision des FHG wurde vom Nationalrat mit 150:7 Stimmen angenommen. Der Ständerat lehnte sie jedoch ab. Es geht dabei um die Beschränkung der Ausgabenlimite der Finanzdelegation auf Fr. 250 Millionen, um nicht Ausgaben unbeschränkter Höhe durch nachträgliche und daher nur fiktive Genehmigung von dringlichen Nachkrediten durch die Bundesversammlung zu verhindern.

Die SPK-N hat an ihrer letzten Sitzung mit 23.0 Stimmen der FIKO-N beantragt im Rahmen der Totalrevision des FHG diese Beschränkung in die Vorlage aufzunehmen. Die Finanzdelegation ist ein Kontrollorgan des Parlamentes und kein Hilfsbundesrat. Pro memoria: Die dringlichen Kredite, total über 2 Milliarden wurden mit der kleinstmöglichen Mehrheit von 3:2 Stimmen definitiv und endgültig abgeseget!!

03.3064 Überführung der Skyguide in eine Verwaltungseinheit des Bundes

Die Privatisierung der Skyguide hat sich schon längststens als katastrophaler Fehlentscheid erwiesen. Die AG ist kaum mehr in der Lage mit den generierten Einnahmen mehr als die Löhne aus Eigenmitteln zu finanzieren. Von den Bauten über die Einrichtungen bis hin zur Mehrwertsteuer werden alle Kosten direkt von einer Bundeskasse (UVEK) in die andere (EFD) überführt. Selbst die Aufwendungen von Kontrollen vor Ort werden von den Kontrollbehörden übernommen, keine Spur von Verursacherprinzip. Dies entgegen allen Zusagen zur Privatisierung. Dies trotz der Tatsache, dass keine andere europäische Luftraumsicherung einen so hohen Anteil aus Überfluggebühren generieren kann, wie Skyguide. Einer der Hauptgründe liegt in der Unverfrorenheit spezialgewerkschaftlicher Forderungen und deren finanziellen Folgen, die vom Departement des UVEK gedeckt werden.

Eigner und Kontrolleur seiner eigenen Firma im Krebsgang

In der Zivilluftfahrt wird der öffentlichen Hand eine hohe Aufsichtspflicht und Kontrolle zugewiesen. Diese, so wissen wir, hat durch hochgradige Verfälschungen zu Swissairzeiten gravierende Mängel



▶ Nationalrat Hermann Weyeneth, Jegenstorf (BE)

ausgewiesen bis hin zur Katastrophe. Die Entlassung des damaligen Chefs des BAZL zeugt davon. Mit Millionenaufwand werden die Sicherheitsstandards verbessert. Gleichzeitig ist man Grossanteilsigner bei Unternehmungen der Zivilluftfahrt.

Wirtschaftliche und politische Interessen kollidieren mit hoheitlichen Staatsaufgaben. Haftungsfolgen der öffentlichen Hand müssen mit Enthaltungen im Bezug auf das Weisungsrecht des Eigners an seinen Vertreter im Verwaltungsrat vermieden werden.

Auch das ein weiteres Erschwernis bei Engagements der öffentlichen Hand in Unternehmungen des privaten Rechts. Ist unter diesen Bedingungen der Bund überhaupt in der Lage, in Unternehmungen des privaten Rechts mitzutun?

Ist die Frage der persönlichen Verantwortung des einzelnen Bundesrates innerhalb der Kollegialbehörde geklärt und bekannt?

Hierzu bestehen seit der Tätigkeit einer PUK wissenschaftliche Unterlagen, die auch veröffentlicht wurden. Es gilt, diesen Erkenntnissen Rechnung zutragen. Dieser Frage wird sich die SVP in nächster Zeit ganz besonders zuwenden. ◀



Schweizerischer Luftverkehr: Eine Auswahl von Zitaten

„Der Bundesrat bekräftigt, dass er an einer effizienten, kostengünstigen und den Steuerzahler nicht belastenden Luftfahrtindustrie interessiert ist.“

(Antwort des Bundesrates auf die Einfache Anfrage Müller Erich, 12.2.1997)

„Man soll bezüglich staatlichen Eingriffen niemals Nein sagen.“

(Franz Steinegger in der „Handelzeitung“, 2.10.2002)



„Das Resultat ist absehbar: Die neue Fluggesellschaft wird in zwei Jahren schwarze Zahlen schreiben.“

(Peter Bodenmann im „Magazin“, 27.10.2001)

„Es ist aber nicht Aufgabe des Bundes, die Swissair zu sanieren oder die Crossair zu führen oder sich daran zu beteiligen.“

(Ueli Maurer vor dem Nationalrat, 4.10.2001)

„Mit den Investitionszusagen aus der Privatwirtschaft und dem finanziellen Engagement der öffentlichen Hand wird es möglich sein, eine neue, wirtschaftlich tragfähige Fluggesellschaft aufzubauen und die Funktion des Flughafens Zürich als europäischen und interkontinentalen Hub aufrecht zu erhalten.“

(Communiqué der Economiesuisse, 22.10.2001)



„Die Swissair braucht uns nicht, und wir wollen uns nicht einmischen.“

(Bundesrat Pascal Couchepin, „Cash“, 23.3.2001)

„Die FDP begrüsst deshalb die Intervention des Bundesrates und die Gewährung eines Überbrückungskredites an die Swissair.“

(Duri Bezzola vor dem Nationalrat, 4.10.2001)

„Tatsächlich darf es nicht sein, dass sich der Bund in eine Sanierung hineinziehen lässt, aus welcher ihm plötzlich weitere Kosten erwachsen oder ihn in Zwänge bringen kann, aus denen er nicht mehr herauskommt.“

(Max Binder vor dem Nationalrat, 4.10.2001)



„Vielmehr übernimmt der Staat die Verantwortung für eine zukunftsfähige Lösung, und das ist positiv.“

(Paul Rechsteiner vor dem Nationalrat, 16.11.2001)

„Der angekündigte Abbau war bereits beim Startschuss der Airline absehbar.“

(CVP-Pressedienst, 26.2.2003)

„Wir müssen das Primat der Politik unbedingt wiederherstellen. Es ist richtig, Herr Bundesrat Villiger, dass sich der Bund bei der Rettung der Swissair und auch in der künftigen Luftverkehrspolitik engagiert (...).“

(Andrea Hämmerle vor dem Nationalrat, 4.10.2001)

„Unsere Forderungen haben einen Abbau bis zu einer gewissen Schallgrenz immer erlaubt.“

(Werner Marti im „Facts“, 6.2.2003)

„Politik und Wirtschaft haben mit vereinten Kräften ein definitives Grounding der Swissair/ Crossair und damit ein Grounding der Marke Schweiz abgewendet. Ich bin stolz auf diese Leistung.“

(Johann Schneider Amann vor dem Nationalrat, 16.11.2001)

„Es sind Fachleute wie André Dosé, die das Projekt und den Businessplan erarbeitet haben. Die wirtschaftlichen Grundlagen dieses Projektes bedeuten, dass die neue Gesellschaft aufgrund ihrer tiefen Kostenstruktur sehr gute Chancen hat, nicht nur zu überleben, sondern auch in eine gute Zukunft zu fliegen.“

(Susanne Leutenegger Oberholzer vor dem Nationalrat, 16.11.2001)



André Dosé: „Insgesamt sind wir mit den Kosten auf Plankurs.“

Frage: „Sie sind überzeugt, dass die Grösse der Swiss gerechtfertigt ist?“

André Dosé: „Ich bin nicht nur überzeugt davon. Ich sehe das Resultat schwarz auf weiss. Das Konzept funktioniert, sowohl punkto Auslastung wie auch punkto Ertrag.“

(André Dosé in „Finanz und Wirtschaft“, 27.7.2002)



„Wir haben rasch gehandelt (...). (...) Dafür haben uns mehrere Votantinnen und Votanten gedankt. Das ist für mich ein erhebendes Gefühl, das war schon lange nicht mehr der Fall. (...) Also, vielen herzlichen Dank, den Dank gebe ich natürlich auch an die Beamten weiter, an Herrn Siegenthaler von der EFV und an Herrn Auer vom Bazl, die hervorragende Arbeit und aufopfernde Zeiten hinter sich haben.“

(Bundespräsident Leuenberger vor dem Ständerat, 17.11.2001)

„Wer, wenn nicht der Staat, soll denn handeln, wenn die Wirtschaft offensichtlich unfähig dazu ist?“

(Barbara Marty Kälin vor dem Nationalrat, 16.11.2001)

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!
Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



Weniger Wohlstand mit EU-Integration

Der Wirtschafts- und Werkplatz Schweiz ist unter Druck. Seit vielen Jahren warnt die SVP vor der verschwenderischen Finanzpolitik und dem ständig ansteigenden Schuldenberg. Auch die zunehmende Steuerbelastung wirkt sich äusserst negativ auf die Standortattraktivität aus. Während die anderen Parteien bereits wieder über neue Steuern nachdenken, erarbeitet die SVP ein Positionspapier zur Finanz- und Steuerpolitik, das sie im Frühjahr vorstellen wird.

Das Budget 2005, welches wiederum 2 Milliarden Defizit vorsieht, hat die SVP als einzige Partei abgelehnt. Ebenso wehrt sich die SVP als einzige Partei konsequent gegen neue oder höhere Zwangsabgaben.

Nach Ansicht des St. Galler Ökonomieprofessors *Franz Jaeger* hat die Schweiz eine „fantastische Ausgangslage, um auch in 25 Jahren Weltspitze zu sein“ (Sonntagsblick vom 6.2.05). Das glauben wir gerne. Nur: Welche Massnahmen sind zu ergreifen, damit unser Land auch tatsächlich an der Weltspitze bleibt?

Als ersten Grund für die gute Ausgangslage unseres Landes führt Jaeger die *eigenständige Geldpolitik* der Nationalbank an: Tiefe Teuerung, tiefe Zinsen und ein stabiler Wechselkurs – dies sind ausgesprochene Stärken unseres Wirtschaftsstandorts. Diese Trümpfe können wir allerdings nur so lange ausspielen, wie die Schweiz nicht Mitglied der EU ist: Die Ablehnung des EWR (1992) und des EU-Beitritts (2001) durch die Stimmbürger haben namentlich dazu beigetragen, dass das Vertrauen in den Schweizerfranken ungebrochen ist und die Schweiz punkto Zinsen, Inflation und Wohlstandsniveau nach wie vor überdurchschnittlich abschneidet. Ein EU-Beitritt würde das jähe Ende der eigenständigen Geldpolitik und massive Steuererhöhungen (v.a. MwSt) mit sich bringen.

Der *flexible Arbeitsmarkt* und die „*pragmatischen Gewerkschaften*“ werden von Jaeger als zweite Stärke angeführt. Schweizer Unternehmen könnten „unbürokratisch Stellen schaffen“ und die Arbeitslosigkeit liege „mit 4 Prozent zwei- bis dreimal tiefer als im übrigen Europa“. Diese Qualitäten jedoch sind kaum haltbar, wenn die Vorlage zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit im September angenommen wird. Mit dieser Vorlage und den damit verbundenen flankierenden Massnahmen werden die Gewerkschaften gestärkt und die Bürokratie wesentlich erhöht. Zudem bringt diese Erweiterung und die damit verbundene Zuwanderung aus sozial schwachen Ländern einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und, damit verbunden, auch einen massiven Kostenanstieg im Sozialbereich.

Die *Internationalität* der Schweiz und die *Spitzenposition in zukunftssträchtigen Branchen* sind weitere Standortvorteile. Auch diese Punkte hat die SVP immer verteidigt: Wir stehen ein für eine weltoffene Schweiz mit vielfältigen internationalen Handelsbeziehungen. Damit sind selbstredend auch die vielen Länder ausserhalb der Europäischen Union gemeint. Wenn nun aufgrund der Fokussierung der Personenfreizügigkeit auf die europäischen Länder dringend benötigte Arbeitskräfte aus China, Indien oder anderen Ländern auf

Country Rankings 04-05

1. Finnland
2. USA
3. Schweden
4. Taiwan
5. Dänemark
6. Norwegen
7. Singapur
8. Schweiz
9. Japan
10. Island
11. United Kingdom
12. Niederlande
13. Deutschland
14. Australien
15. Kanada

Quelle: Global Competitiveness Report 2004-2005

der Strecke bleiben, so nützt dies nichts, sondern schadet der Wirtschaft.

Auch das *hohe Niveau in der Grund-, Berufs- und Weiterbildung* wird von Franz Jaeger als Stärke angeführt. Die gute Qualität der Bildung trifft jedoch nicht mehr für alle Bereiche zu. Immer mehr Gewerbebetriebe beklagen sich über die schlechte Bildung der Schulabsolventen. Lehrstellenmangel hat also nicht etwa mit fehlender staatlicher Aktivität zu tun, sondern vielmehr mit einer verfehlten Ausrichtung der Schulen. Unkontrollierte Zuwanderung führt unweigerlich dazu, dass die Bildungsstandards nicht mehr gehalten werden können. Die oft falsche Prioritätensetzung im universitären Bereich (immer mehr Psychologen; im Verhältnis immer weniger Techniker und Naturwissenschaftler) führt zu weiteren Engpässen. Auch diese Problematik gilt es im Auge zu behalten.



► Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

Auf der ganzen Welt genießt die *Marke Schweiz* hohes Ansehen. Pünktlichkeit, Genauigkeit und Zuverlässigkeit sind Eigenschaften, die man der Schweiz und damit schweizerischen Produkten zuschreibt. Ob die Marke Schweiz aber gestärkt wird durch Auftritte von Herrn Hirschhorn in Paris, darf hinterfragt werden. Auch die Aussagen von Frau Calmy-Rey gegenüber Israel oder Joseph Deiss' Auftritt in Japan dürften unser weltweites Ansehen kaum stärken. Statt der aktivistischen und unbeholfenen Aussenpolitik wäre etwas mehr Zurückhaltung und eine gleichzeitige Verschiebung der Prioritäten auf die Aussenwirtschaftspolitik angezeigt.

Das *World Economic Forum* kommt in seinem „Global Competitiveness Report 2004/05“ zu weniger erfreulichen Schlüssen für die Schweiz als Professor Jaeger. Unser Land hat einen weiteren Rang verloren und rutscht von Position 7 (2003) auf Position 8 (2004) ab. Dies ist zwar nicht dramatisch, muss aber ernstgenommen werden. Als Hauptprobleme werden die verheerende Finanzpolitik, die steigende Steuerbelastung, die Bürokratie und die ineffiziente Verwaltung angeführt. Also genau diejenigen Punkte, auf welche die SVP seit Jahren aufmerksam macht. Die Stimmbürger tun gut daran, genau abzuwägen, auf wen sie vor den Europaabstimmungen im Sommer 2005 hören sollen. ◀

Entlarvt! Ein Dutzend Lügen der

Lüge 1 Schengen bringe mehr Sicherheit

Schengen bringt nicht mehr, sondern weniger Sicherheit, denn Schengen ist kein Sicherheitsvertrag, sondern ein Vertrag über den Abbau der Grenzkontrollen zur Gewährleistung der Personenfreizügigkeit in Europa. **Das, was uns der Bundesrat als Sicherheitskonzept verkauft, sind quasi die „flankierenden Massnahmen“ zum beabsichtigten Grenzabbau.** Die Optimierung der polizeilichen Zusammenarbeit über das europäische System des Informationsaustausches (SIS) und die Fingerabdruckdatenbank EURODAC sind nicht geschaffen worden, um die Sicherheit der Mitgliedstaaten zu erhöhen, sondern um den Sicherheitsverlust durch einen Abbau der Grenzen nicht katastrophal werden zu lassen.

Wenn wir die Grenzkontrollen abschaffen, werden Jahr für Jahr mehr als 100'000 Personen, die heute noch an der Grenzen zurückgewiesen werden können, und über 30'000 Verbrecher, die heute noch an der Grenze verhaftet werden, einfach ungehindert in die Schweiz spazieren. (Vgl. Graphik rechts unten).

Lüge 2 Schengen bringe weniger Asylanten

Das Dubliner Erstasylabkommen ist Bestandteil des Schengen-Vertrages. Die Artikel dieses Abkommensteils wurden geschaffen, um sicherzustellen, dass jedes Asylgesuch mindestens einmal, aber auch nur einmal im Gebiet der Vertragsstaaten behandelt wird. **Das Integrationsbüro hat selbst zugegeben, dass das primäre Ziel des Dubliner Abkommens nicht die Verminderung der Asylnzahlen ist** (www.europa.admin.ch/nbv/expl/faq/d/faq.pdf, S. 9)! Es soll nur verhindern, dass Asylsuchende von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat reisen und in jedem Land ein neues Gesuch stellen.

Das Verfahren wird theoretisch in dem Staat durchgeführt, in dem die Einreise in den Schengen Raum erfolgte. Praktisch ist es jedoch so, dass das Asylgesuch in dem Staat durchgeführt wird, in welchem der Asylsuchende als Erster erfasst wird, ausser wenn bewiesen werden kann, wo die Einreise erfolgte. **Diese Vorschriften haben den Nachteil, dass Staaten wie die Schweiz, welche Asylsuchende vorschriftsmässig erfassen, am meisten Gesuche zu behandeln haben. An ihnen bleibt dann auch die Rückschaffung in die Heimatländer hängen.**

Ohne Grenzkontrollen würden Asylsuchende über die Nachbarländer unregistriert und ungehindert in die Schweiz kommen, wo sie dann ihr Gesuch stellen würden. Damit hätte die Schweiz am Schluss mehr Asylgesuche zu behandeln als heute.

Lüge 3 Schengen ändere an der Grenze nichts

Gemäss Schengen-Vertrag ist die Kontrolle von Personen allein auf Grund der Tatsache, dass sie die Grenze überschreiten, nicht zulässig. **Die Eidgenössische Zollverwaltung selbst hat in ihrer Pressemitteilung vom 4. Februar 2005 bestätigt, dass mit der Assoziierung zu Schengen „keine systematischen Kontrollen mehr erlaubt“ sein werden.** (www.europa.admin.ch/nbv/medien/2005/d/pm_050204.pdf)

Das Grenzwachtkorps wird zwar weiter versuchen, Warenkontrollen auf Schweizer Boden bei der Grenze durchzuführen, wie dies aber konkret aussehen soll, wenn systematische Kontrollen allein auf Grund eines Grenzübertritts nicht mehr erlaubt sind, ist noch offen. **Da schon die so genannten Schleierfahndungen, also die mobilen Personenkontrollen im grenznahen Raum seitens der EU-Kommission kritisiert wurden, dürften auch die Warenkontrollen als Behinderung des freien Personenverkehrs kritisiert werden.** Die Zollverwaltung beschränkt sich bisher auf die Zusicherung, es würde kein Personal abgebaut, und die Warenkontrollen würden indirekt die gleichen Fahndungsergebnisse bringen wie die heutigen Grenzkontrollen.

Lüge 4 Schengen liege im Gesamtinteresse der Schweiz

Schengen liegt primär im Gesamtinteresse derer, die näher zur EU rücken bzw. der EU beitreten wollen. Zwar haben unsere Sicherheitsorgane ein Interesse an der Zusammenarbeit mit den Datenbanken der EU. Wenn diese Sicherheitszusammenarbeit aber mit dem Abbau der Grenzkontrollen bezahlt werden muss, sind unter dem Strich die Kosten grösser als der Nutzen. **Und dieses Minus im Sicherheitsbereich ist kaum im Gesamtinteresse der Schweiz.**

Lüge 5 Die Wirtschaft brauche Schengen

Schengen gewährleistet lediglich den freien Personenverkehr. **Es geht bei diesem Vertrag also weder um von der Wirtschaft benötigte Arbeitskräfte noch um von der Wirtschaft zu handelnde Waren oder Dienstleistungen.** Schengen hat also mit der Wirtschaft schlicht und ergreifend keinerlei Zusammenhang. Wer etwas anderes behauptet, vertritt nicht die Interessen der Wirtschaft, sondern setzt sich dem Verdacht aus, gewissen Parteikollegen und Euroturbo im Bundesrat einen Gefallen erweisen zu wollen.

Lüge 6 Schengen sichere den Finanzplatz

Bundesrätin Calmy-Rey beteuert, mit dem Schengen-Vertrag sei das Bankkundengeheimnis im Bereich der direkten Steuern für die Schweiz und damit auch der Finanzplatz Schweiz gesichert (unter anderem www.europa.admin.ch/pub/vortrag/d/ref_041106.pdf, S. 5). Die Formulierung ist nicht zufällig gewählt. **Tatsache ist, dass der Bundesrat das Bankkundengeheimnis nicht nur aufs Spiel gesetzt, sondern im Bereich der indirekten Steuern preisgegeben hat.**

Lüge 7 Schengen bewahre unsere Souveränität

Schengen leistet keinen Beitrag zur Souveränität der Schweiz, sondern führt im Gegenteil zu einem Abbau der Eigenständigkeit im Justiz- und Polizeibereich. **Die Schweiz wird mit Schengen ihre Grenzen nicht mehr kontrollieren dürfen, keine eigenständige Visumpolitik mehr betreiben können, und sie hat kein formelles Mitentscheidungsrecht bei der Weiterentwicklung von Schengen.** Will die Schweiz eine

Schengenbefürworter **Entlarvt!**

Entwicklung der EU im Bereich Schengen nicht mittragen, bleibt nur die Kündigung.

Der Bundesrat selbst hat in der Botschaft zu den Bilateralen I festgehalten, dass Schengen die Abtretung von Souveränitätsrechten an die EU darstelle.

Lüge 8 Schengen führe nicht zum EU-Beitritt

Im Gegensatz zu den anderen Bilateralen Verträgen schliesst die Schweiz mit Schengen einen „dynamischen“ EU-Vertrag ab. Die Schweiz übernimmt im Bereich Schengen nicht nur den gesamten bisherigen Rechtstext, sondern hat auch sämtliche künftigen Schengen-Regelungen, ohne bei deren Ausgestaltung mitbestimmen zu können.

Zwar hat die Schweiz ein Mitspracherecht und es steht ihr frei, jede neue Regelung anzunehmen oder abzulehnen. Lehnt sie ab, wird der Schengen-Vertrag durch die EU gekündigt, was dazu führen würde, dass all die eingeführten Änderungen wieder rückgängig gemacht werden müssten. Faktisch wird die Schweiz deshalb alle neuen Regelungen und Verpflichtungen - täglich befassen sich etwa 30 Ausschüsse mit der Weiterentwicklung des Schengen-Rechts - übernehmen. **Einmal bei Schengen, wird die Schweiz dabei bleiben, bis zum EU-Beitritt.**

Lüge 9 Schengen koste uns nichts

Es wird suggeriert, die Bilateralen II und damit Schengen seien praktisch zum Nulltarif zu haben. Dabei wird von einer Ersparnis in Millionenhöhe im Asylbereich ausgegangen, was kaum realistisch ist.

In jedem Fall entstehen aber immense Kosten bei der Anpassung der Informatik- und Kontrollsysteme für die Zusammenarbeit mit dem SIS und dem Eurodac. Der Bundesrat rechnet in seiner Botschaft zu den Bilateralen II mit Mehraufwendungen für Schengen von 8,2 Millionen im Jahr 2006, 7,3 Millionen im Jahr 2007 und weiteren 6,6 Millionen im Jahr 2008. Dazu kommt ebenfalls gemäss Bundesrat ein zusätzlicher Personalbedarf.

Art der Intervention des GWK an der Grenze	1999	2000	2001	2002	2003	2004
- zurückgewiesene Personen (Einreisevoraussetzungen nicht erfüllt)	108'247	109'518	105'734	110'127	101'219	88'735
- Über von Personen an die Polizei	30'970	26'456	26'732	32'290	34'063	35'294
- Illegal eingereiste Personen	10'489	5'668	4'967	7'405	8'181	6'943
- Ausweissfälschungen	1'762	1'684	1'864	1'986	1'934	1'880
- Drogenschmuggel	2'806	3'657	4'302	4'823	3'535	2'681

Interventionen des GWK (Quelle: Jahresbilanz des Zentralen Kommando Grenzwachtkorps 2004 und 2005)

Lüge 10 Ohne Schengen blieben die Touristen weg

Jahrelang sind die Touristen in die Schweiz gekommen ohne dass die Schweiz und die EU für ein gemeinsames Visum zu haben gewesen wären. Und jetzt soll dies plötzlich anders sein und die Touristen nicht mehr kommen?

Solange die Schweiz eine unabhängige Visumpolitik führen kann, steht es ihr auch frei, Touristen mit einem Schengen-Visum in der Schweiz willkommen zu heissen.

Wenn die Schweiz aber Schengen beitrifft, ist es vorbei mit der Selbständigkeit im Visumbereich. Dann bestimmt Schengen, welche Leute zu welchen Bedingungen in der Schweiz als Touristen willkommen sind. **Wer schon einmal ein Schengen-Visumsformular ausgefüllt hat, weiss, dass das Formular kaum touristenfreundlich ist.** Ohne Schengen haben also auch die Touristen bei uns bessere Karten.

Lüge 11 Ohne Schengen hätten wir nichts

Ein Nein zu Schengen ändert nichts an den bestehenden Verträgen mit der EU. Die Schweiz steht also ohne Schengen sehr gut da, nämlich mit Verträgen über die Handelszusammenarbeit in verschiedenen Bereichen. **Wir haben ohne Schengen also nicht nichts, sondern viel mehr, nämlich mehr Sicherheit.**

Lüge 12 Ein Nein zu Schengen bedeute Abschottung

Die Schweiz unterhält weltweit mit allen Staaten gute Beziehungen und pflegt auch mit der EU als wichtigsten Handelspartner regen Austausch. Von Abschottung kann also nicht die Rede sein. **Der Begriff ist pure Angstmacherei von Leuten, die vor allem selber Vorteile aus dem Beitritt ziehen und sich in Brüssel tummeln wollen.**

Schengen war ein Anliegen des Schweizer Bundesrates und die Annahme oder Ablehnung ist damit reine Schweizer Angelegenheit. Der EU ist es egal, ob die Schweiz die Grenzkontrollen abbaut oder nicht bzw. bei Schengen dabei ist oder nicht. Das Nein zu Schengen ändert somit nichts an den gegenwärtigen Beziehungen zur EU.

Wieder 1 Milliarde ins Ausland verschenken? So nicht!

(SVP) Einmal mehr verkauft uns ein linker Bundesrat einen Europadeal als Geschäft des Jahrhunderts. 1 Milliarde Franken soll von der Schweiz an die Kohäsion in Europa beigesteuert werden. Freiwillig und informell wie es heisst. Tatsache ist, man hat erneut der EU-Zwängerei nachgegeben und will keinen Volksentscheid zur Geldverschleuderung. So nicht! Die SVP fordert die Regelung solcher Zahlungen in einem Staatsvertrag, damit das Volk seine Meinung zu diesem Deal äussern kann und die nötige Rechtssicherheit erreicht wird.

Bundesrat Leuenberger hat es beim Landverkehrsabkommen vorgemacht. Man gehe nach Brüssel, mache einen schlechten Vertrag und verkaufe diesen in der Schweiz als Sieg. Die Geschichte wiederholt sich. Diesmal ist es Bundesrätin Calmy-Rey, die Brüssel Zahlungen von 1 Milliarde in den an die „Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion in Europa“ zusichert. In der Schweiz wird dann kommuniziert, die Schweiz profitiere von dieser Osterweiterung, da

diese ein „wesentlicher Beitrag zu Frieden, Stabilität und Prosperität in Europa“ sei.

Es ist klar, dass die EU aufgrund des wirtschaftlich und sozial wesentlich tieferen Niveaus der neuen EU-Staaten enorme Geldmittel braucht, um die Strukturhilfe finanzieren zu können. Das ist der Hintergrund der EU-Forderungen nach Kohäsionszahlungen der Schweiz – und nicht der Profit unseres Landes. Es ist unverständlich, warum der Bundesrat der

Zwängerei der EU-Kommission nachgegeben hat.

Offensichtlich versteht auch die EU die Zahlung der Schweiz auch nicht als freiwillig, sondern interpretiert diese als Verpflichtung der Schweiz. Daher will die EU auch einen Staatsvertrag und nicht ein Agreement of Understanding. Der wahre Grund für diese vom Bundesrat angestrebte Rechtsform ist allerdings nicht die Unverbindlichkeit, sondern die Absicht, den Deal am Volk vorbeizu-

schmuggeln. Dies wiederum wirft einmal die Frage nach der Glaubwürdigkeit des Bundesrates auf. Umgekehrt bräute ein Staatsvertrag die nötige Rechtssicherheit und Unabhängigkeit gegenüber der EU.

Aus diesem Grund fordert die SVP Bundesrätin Calmy-Rey in einem persönlichen Schreiben auf, die Frage dieser Kohäsionszahlungen im Rahmen eines Staatsvertrags zu regeln – so dass auch die Stimmbürger via Referendum darüber befinden können.

Auch angesichts der bevorstehenden, im Ausgang völlig offenen Abstimmungen zu den Bilateralen I (Erweiterung Personenfreizügigkeit) und Bilateralen II (Schengen/Dublin) wie auch angesichts der enormen Summe von 1 Mia. Franken ist es zwingend angezeigt, das Volk über diese Zahlungen entschieden zu lassen. ◀

Wettbewerb

Welcher Eidg. Parlamentarier verbirgt sich hinter diesem Bild?



Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 praktische SVP-Rucksäcke

Kleiner Tipp:
Der gesuchte Parlamentarier ist in dieser Ausgabe abgebildet.

Lösungsantwort:

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Einsendeschluss: Freitag, 11. März 2005

Alle Augen sind auf den Ständerat gerichtet!

In der Frühlingsession stehen vor allem im Ständerat zentrale Geschäfte an. Für einmal rückt somit die kleine Kammer ins Rampenlicht. Unsere acht Standesvertreter sind gefordert. Es stehen finanzpolitisch relevante Vorlagen zur Diskussion, aber auch die Debatten zum Asyl- und zum Ausländergesetz.

Nationalbankgewinne für die AHV?

Nachdem der Bundesrat nun eigenmächtig entschieden hat, zwei Drittel der überschüssigen Goldreserven in die Kantone und einen Drittel in die Bundeskasse fließen zu lassen, hat das Parlament



▶ Ständerat Christoffel Brändli, Landquart (GR)

noch die Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV», die so genannte KO-SA (Komitee für eine sichere AHV) – Initiative, zu beraten. Die SVP hat schon angesichts der unseligen Diskussionen über die überschüssigen Goldreserven unterstrichen, dass eine Unterstützung der Initi-



▶ Ständerat Hans Hofmann, Horgen (ZH)



▶ Ständerat Hans Lauri, Münsingen (BE)

ative denkbar ist, falls die Goldreserven nicht in die AHV fließen.

Entlastungsprogramm 04

Das Entlastungsprogramm ist schon in der vom Bundesrat vorgelegten Form kein echtes



▶ Ständerat Hermann Bürgi, Dussnang (TG)

Sparprogramm. Nun will aber die ständerätliche Kommission noch weniger sparen, und die SP-Ständeräte doppelten mit einem Minderheitsantrag nach und verlangen eine weitere Reduktion des Entlastungsprogramms und gleichzeitig neue Einnahmequellen. Als ob der Schuldenberg nicht schon hoch genug wäre! Jetzt

ist im Stöckli eine konsequente Sparhaltung im Interesse kommender Generationen gefragt.

Asyl- und Ausländergesetz

Es ist zu hoffen, dass die von Bundesrat Blocher in die ständerätliche Kommission



▶ Ständerat Alex Kuprecht, Pfäffikon (SZ)

eingebrachten Verbesserungen definitiv Eingang in die Vorlage finden und ein verschärftes Asylgesetz an den Nationalrat gehen wird. Die SVP-Vertreter in der Kommission, die Ständeräte Kuprecht und Reimann haben entsprechende Vorarbeit geleistet. Beim Ausländergesetz gehört



▶ Ständerat Hannes Germann, Opfertshofen (SH)

die Einschränkung des Familiennachzuges zum primären Ziel, da heute rund 40 % der Zuwanderung auf diesem Weg erfolgt. Nachdem die Personenfreizügigkeit mit der EU Teil der bilateralen Abkom-



▶ Ständerat Maximilian Reimann, Gipf-Oberfrick (AG)

men ist, verbleiben nur wenige Steuerungsmöglichkeiten. Dazu gehört eine enge Beschränkung des Familiennachzuges für Nicht-EU-Angehörige und natürlich ein Nein zur Ausdehnung der Freizügigkeit auf die neuen Mitgliedsstaaten im September dieses Jahres.



▶ Ständerat This Jenny, Glarus

Die Weichen für die richtigen Entscheide hat die Fraktion an ihrer zweitägigen Sitzung in Bad Ragaz gestellt. Jetzt liegt es an den Ständeräten, die Beschlüsse einzubringen. ◀

Aliki M. Panayides,
stv. Generalsekretärin SVP

Neu im SVP-Shop: Der ideale Wander-Rucksack!

..... Expl. Rucksack	schwarz, hochwertiges Gewebe, angenehme Tragriemen	Fr. 25.--
..... Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl. Sonnenbrille	rot, mit Schweizer Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
..... Expl. Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch



Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

**Verantwortlich für die Redaktion:
Simon Glauser, stv. Pressesprecher SVP**

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck / Adressänderungen:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49



Roland Borer will die Chance packen

Am 27. Februar wählen die Solothurnerinnen und Solothurner ein neues Kantonsparlament und eine neue Regierung. Während das Parlament von 144 auf 100 Sitze verkleinert wird, gilt es im fünf-köpfigen Regierungsrat zwei Vakanz zu besetzen. Für die SVP tritt Nationalrat Roland F. Borer zur Wahl an. Und seine Chancen sind intakt. Aber es zählt jede Stimme.

Die heutige Zusammensetzung in der Solothurner Regierung sieht wie folgt aus: 2 FDP, 2 SP, 1 CVP. Nun haben die SP und die FDP je eine Vakanz zu besetzen. Die SVP, die bisher noch nie in der solothurnischen Regierung war, greift mit Nationalrat Roland Borer einen Sitz der SP an.

Breit abgestützt

Borer hat bei den Nationalratswahlen jeweils beste Resultate erzielt. Und er hat als einziger der neuen Regierungsratskandidaten ein mögliches Regierungsprogramm deklariert, welches auch in den Reihen der Freisinnigen und der CVP Anklang fand.

„Geht nicht, gibt's nicht.“

„Ich brauche keine Liste von Problemen, sondern Lösungen“, sagte Borer im Wahlkampf und fügte an: „Geht nicht, gibt's nicht.“ Die Regierung und die Verwaltung müssen für die Bevölkerung da sein und nicht umgekehrt. Als solothurnischer Regierungsrat will Roland Borer die Kräfte konzentrieren und nicht überall ein bisschen etwas tun. Polizisten sollen nicht mehr zu „Psychotherapeuten“ ausgebildet werden, sondern zu Freunden und Helfern, die weniger diskutieren und entschlossener durchgreifen. Das Motto „Geiz ist geil“ sei zu-



Nationalrat Roland Borer

Stockackerstrasse 17
4703 Kestenholz

Telefon: 079 330 38 38
Telefax: 062 393 29 85
E-Mail: roland.borer@bluewin.ch
53-jährig

Heutige berufliche Tätigkeit

Unternehmer / Unternehmensberater

Beruflicher Werdegang

- bis 1979: Auslandtätigkeit als Verkaufsingenieur
- bis 1991: Instruktionsoffizier der Luftwaffe

Militär

Major Luftwaffe

Politik

- Kantonsrat bis 1992
- Nationalrat seit 1991
- NR Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
- NR Sicherheitspolitische Kommission
- NR Mitglied und Präsidium diverser Subkommissionen
- verschiedene parteiinterne Führungsgremien

Hobbies

- Wassersport, mein Hund und Sport im Allgemeinen

Interessenbindungen

- Mitglied des VR der Bosec Consulting GmbH, Kestenholz
- Mitglied des VR der Fun & Business AG, Egerkingen
- Mitglied des VR der GäuSino AG, Egerkingen
- Mitglied des VR der MTH AG, Hémérence
- Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung Neu Bechburg, Oensingen
- Vorstandsprä. Verein Freunde der Dampfschiffahrt auf den Juragewässern
- Vorstandsmitglied des Vereins Automobilclub ACS Sektion Mitte
- Mitglied Groupe de réflexion santé, Groupe mutuel Versicherung, Martigny

mindest bei den Spitälern im Kanton Solothurn fehl am Platz, erklärt Roland Borer. Es dürfe keine unsinnigen Spitalschliessungen oder noch schlimmer, Stilllegungen vorhandener Infrastrukturen mehr geben, die man dann andernorts für Millionen von Steuerfranken wieder aufbauen müsse.

Fehlentwicklung korrigieren

Staatsangestellte will Roland Borer so viele wie nötig aber so wenig wie möglich. Personalabbau bei der Verwaltung soll über Vakanz erfolgen. Jede überflüssige Stelle müsse sofort aus den Organigrammen verschwinden. Die laufende Staatsrechnung will der SVP Kandidat wesentlich nach unten korrigieren. Noch immer baue jede Organisationseinheit bei der Budgetierung Reserven ein. Damit müsse Schluss gemacht werden. Der Kanton Solothurn sei steuerlich attraktiv für Sozialfälle und niedrige Einkommen, völlig unattraktiv hingegen für mittlere und höhere Einkommen. Diese dramatische Fehlentwicklung will Roland Borer als Regierungsrat korrigieren.

An die Urnen!

Da sich eine Kandidatin und sechs Kandidaten für die fünf Regierungssitze bewerben, muss von einem zweiten Wahlgang ausgegangen werden. Es ist deshalb wichtig, dass Roland Borer am 27. Februar 2005 möglichst viele Stimmen holt. Also: An die Urnen, liebe Solothurnerinnen und Solothurner. ◀

Kantonsrat Roman S. Jäggi,
Fulenbach (SO)



Widerstand gegen die Entmachtung des Souveräns!

Eigentlich sind die Zuständigkeiten in der Einbürgerungsfrage klar: Bund und Kantone setzen die Voraussetzungen für die Erteilung des Bürgerrechts fest. Den Entscheid treffen die Gemeinden, wobei sie bei der Bestimmung des dafür zuständigen Organs völlig frei sind. Ihr Entscheid ist endgültig. So will es die Verfassung.

Am 9. Juli 2003 hat nun das Bundesgericht in zwei landesweit für Aufregung sorgenden Urteilen erklärt, Einbürgerungen seien reine Verwaltungsakte und müssten als solche begründet werden. Da dies bei Urnenabstimmungen systembedingt nicht möglich ist, seien diese verfassungswidrig. Seither ist in den Schweizer Gemeinden und Kantonen das Chaos bei Einbürgerungsentscheiden perfekt. Wir in Emmen zum Beispiel nehmen seither überhaupt keine Einbürgerungen mehr vor, solange die Rechtslage nicht endgültig geklärt ist. In gewissen Kantonen greifen Regierungsräte – ohne irgendwelche Rechtsgrundlage – unverblümt in Einbürgerungsentscheide von Gemeinden ein. Teilweise stossen sie auf Widerstand, teilweise beugen sich die Gemeindebehörden. Im luzernischen Buttisholz zum Beispiel wurde kürzlich das Einbürgerungsgesuch einer Ex-Jugoslawin auf Empfehlung des Gemeinderates mit nur zwei Gegenstimmen an der Gemeindeversammlung abgelehnt. Was macht die Unterlegene? Sie fechtet den Entscheid beim Regierungsrat an und bekommt Recht.

Einmischung in die Politik

Mit seinen jüngsten Entscheidungen zur Einbürgerungsfrage stellt das Bundesgericht die demokratische Ordnung unseres Landes auf den Kopf und mischt sich in die Politik ein. Der Verfassungsgrundsatz, wonach der Entscheid

ein freier, der Gemeinde vorbehalten Entscheid sei, wird durch die Bundesgerichtspraxis klar verletzt. Darunter leidet die Demokratie in unserem Land. Dafür werden Masseneinbürgerungen Tür und Tor geöffnet. Ganz zur Freude linker Umverteilungs-



► Daniel Bühlmann, geboren 1961, aus Emmenbrücke, kandidiert für die SVP Kanton Luzern als Regierungsrat

parteien, die sich davon zusätzliches Stimmvolk erhoffen. Als könnte die alarmierend hohe Ausländerquote dadurch beseitigt werden, dass man Zehntausende von Ausländern kurzerhand zu Schweizern erklärt. Inklusive Kriminelle, wie es kürzlich in der Stadt Luzern geschehen ist. Vielleicht versucht man damit, die jahrelange unverantwortliche Verniedlichung des Ausländer- und Asylproblems zu vertuschen. Diese Manipulationen der Statistik können nur gelingen, wenn zuvor der Souverän entmachtet worden ist.

Gegen diese Gelüste, den Souverän zu entmachten, ist Widerstand angesagt. Am 13.

September 2003 hat die Delegiertenversammlung der SVP auf der Aelggi-Alp (OW) deshalb die Lancierung einer Volksinitiative beschlossen, welche die demokratischen Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei Einbürgerungsentscheiden wahr. Kon-

kret verfolgen wir damit zwei Ziele.

Einbürgerungsentscheid durch den Souverän

Erstens sollen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger jeder Gemeinde selbstständig festlegen können, ob der Einbürgerungsentscheid durch den Souverän im Rahmen einer Gemeindeversammlung oder an der Urne erfolgen soll, oder aber durch dessen Vertreter im Gemeinderat, im Gemeindeparlament oder in einer durch das Volk gewählten Kommission. Diese Leute kennen die spezifischen Gegebenheiten und

Bedürfnisse ihrer Gemeinde und können daher am besten beurteilen, wen sie als Vollmitglied in ihre Gemeinschaft aufnehmen wollen und wen nicht. Dass die Gemeinden sehr wohl mit Einbürgerungen umzugehen wissen, hat die Vergangenheit gezeigt.

Zweitens will die Initiative auf Verfassungsebene verankern, dass eine Begründung oder gar eine Rechtfertigung für einen demokratisch getroffenen Entscheid nicht nötig ist. Nur so ist die unverfälschte und freie Meinungsäusserung gewährleistet. Offenbar genügt es dem Bundesgericht nicht, dass die Bundesverfassung in Artikel 34, Absatz 2 den Stimmbürgern bei der Ausübung ihrer politischen Rechte ausdrücklich garantiert, dass sie nach „freier Willensbildung“ mit „unverfälschter Stimmabgabe“ entscheiden können. So wie es bei jeder anderen Wahl auch der Fall ist. Bei den Nationalratswahlen zum Beispiel wählen wir ja auch Politikerinnen und Politiker, die wir nicht kennen, und trotzdem unterstellt uns niemand Willkür bei unseren Entscheiden.

Und sowieso: Wenn Ausländer gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit eingebürgert werden, führt das genau zu jener Ausländerfeindlichkeit, die man eigentlich bekämpfen möchte. Man erweist damit jenen Ausländern, die sich mit allen Rechten und Pflichten, aber auch mit dem Herzen bei uns integrieren wollen, einen Bärendienst.

Die mit der Einbürgerungsfrage verbundenen Traditionen und Emotionen lassen sich nicht einfach so mit juristischen Mitteln wegfeigen. ◀



Ein Sitz in Neuenburgs Regierung - ein Wunschtraum?

Die SVP Neuenburg geht nicht mit leeren Händen in die Wahlen. Sie präsentiert an ihren ersten kantonalen Wahlen fünf qualifizierte Kandidaten.

Jean-Charles Legrix

La Chaux-de-Fonds, geboren am 5. September 1962. Tätig im Finanzbereich der Swatch Group. Er ist Präsident der SVP La Chaux-de-Fonds Fraktionspräsident im Generalrat, best gewählter Bürgerlicher. **Seine Hauptziele:** Die Eigenverantwortung zu fördern, um einen schlanken und schuldenfreien Staat zu realisieren. Die Sozialausgaben

präsident der SVP, Gemeinderat und Nationalrat. Charismatisch, intelligent und ein brillanter Politiker, und trotz all seiner Qualitäten bescheiden. **Seine Hauptziele:** die notwendigen Reformen an die Hand zu nehmen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Es ist Zeit, sich vertiefter mit den Problemen des Strassennetzes im Kanton zu befassen ohne sich dabei immer auf Bern zu fixieren

Seine Devise: Zwischen dem Nützlichen, dem Notwendigen und dem Unabdingbaren zu unterscheiden. **Was ihn nervt:** Die Politik der Nichtentscheide und des «Ein bisschen für alle». Sie zeigt für den Kanton verheerende Folgen, sowohl auf der Steuerebene, bei den Finanzen wie auch bei der Attraktivität. **Sein Vorschlag:** In Zukunft einfacher, effektiver und ökonomischer zu denken. Es ist

die heiklen Probleme der Kosten der Krankenkassenprobleme anzugehen sind. **Was ihn nervt:** Die schlechte Geschäftsführung beim kantonalen Gesundheitswesen, die seit einer ganzen Reihe von Jahren festzustellen ist, und die Doppelspurigkeiten, die mit etwas Sinn für Wirtschaftlichkeit – der leider fehlt – hätten vermieden werden können. **Was ihn freut:** Der Humanismus, der für ihn bedeutet, den Menschen mit seinem ganzen Potential, seinen Qualitäten und Fehlern in den Vordergrund zu rücken. Und der sicher nicht zu verwechseln ist mit dem linken so genannten Humanismus, der eigentlich Vetternwirtschaft ist.

Pierre-Alain Storrer

Corcelles-Cormondrèche, geboren am 10. September 1946. Industrieller, Verwaltungsrat, Präsident der UBAH (association regroupant les fabricants de composants horlogers), Mitglied des Rates der Fédération Horlogère Suisse, ständiges Vorstandsmitglied der Horlogerie Européenne. **Sein Ziel:** Den der SVP zustehenden Platz auf der politischen Plattform des Kantons Neuenburg zu füllen. **Was ihn nervt:** Die fehlende Strenge, der fehlende Mut und der fehlende Wille der Regierung angesichts des Sirenen gesangs der Linken. **Was ihn freuen würde:** Das Finanzdepartement zu übernehmen, wenn er gewählt würde.



auf ein Minimum zu reduzieren, dafür prioritär denen zu helfen, die arbeiten wollen. Ausserdem alles daran zu setzen, um die Wirtschaft anzukurbeln und Wohlstand zu erzeugen. **Was ihn freut:** Das Potential von Neuenburg. Dieser Kanton hat alles. Er liegt im Herzen des Jura bogens in einer naturbelassenen Landschaft der Seen und Berge. Man findet dort Professionalität und qualifiziertes Gewerbe, präzise und zuverlässig. **Was ihn nervt:** Trotz all den obgenannten Trümpfen sind die Finanzen im Defizit, und dies schon seit den Zeiten der Hochkonjunktur.

und dort die hohle Hand zu machen. Schwarze Zahlen zu Schreiben im Kanton, was nicht unmöglich ist, wenn man bereit ist, mutig eine Aufgabenüberprüfung an die Hand zu nehmen. **Was ihn freut:** Das qualifizierte und motivierte Gewerbe mit beneidenswertem Know-How und der Fähigkeit zu bemerkenswerten technischen Innovationen, welches eine wesentliche Stärke des Kantons Neuenburg bildet. **Was ihn nervt:** Die linke Mehrheit in der Kantonsregierung.

in allen Projekten ein konsequenter und vielleicht nicht immer populärer Weg einzuschlagen. Die Frage, die man sich dabei zu stellen hat, lautet: Ist das vorgeschlagene Projekt an sich und in seiner Ausgestaltung nützlich, notwendig oder unabdingbar, und haben wir die Mittel, um es zu finanzieren? Besteht dabei in einem Punkt ein Zweifel, sollte man den Mut haben, auf das Projekt zu verzichten.

Bernard Monnier

Neuchâtel, geboren 1951, chirurgischer Orthopäde FMH, Geschäftsführer der SAMU GmbH und Verwalter der Klinik de la Tour in La Chaux-de-Fonds. **Sein Ziel:** Das kantonale Gesundheitssystem kohärenter, effizienter und billiger zu gestalten, wobei auch

Yvan Perrin

La Côte-aux-Fées, geboren am 9. Dezember 1966. Polizeiinspektor. Er ist Kantonal-

Walter Willener

Auvernier, geboren am 18. September 1952. Ing. Agr., Direktor der Association des Groupements et Organisations Romands de l'Agriculture (AGORA). Mitglied des kantonalen Vorstandes der SVP.

Die Liste präsentiert sich also mit Kandidaten erster Güte! Damit ist eine gute Basis geschaffen, dass der Sitz in der Neuenburger Regierung kein Wunschtraum bleibt, sondern am 10. April 2005 Realität wird.

Gilberte Demont
Kordinatorin UDC Romande

„Keine freie Fahrt für Kriminelle - NEIN zu Schengen!“

Die Schengen-Verträge bringen der Schweizer Bevölkerung mehr Kriminaltouristen, mehr illegale Ausländer, mehr Unsicherheit. Denn Schengen verbietet der Schweiz, ihre Grenze, ihr Land und ihre Bevölkerung wirksam zu schützen. Schengen führt zum Abbau der Volksrechte und zu Fremdbestimmung durch EU-Recht. Mit Schengen-Dublin kann die Schweizer Bevölkerung ihre Ausländer- und Asylpolitik nicht mehr selber bestimmen. Sie wird von Brüssel diktiert. Schengen bedroht unser freiheitliches Waffenrecht. Und dafür muss das Schweizer Volk noch über eine Milliarde Franken Eintrittsgeld zahlen.

Das Schengen-Recht schreibt zwingend vor:

- ◆ **«Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden.»**
(Schengener Durchführungsübereinkommen SDÜ, Artikel 2 Absatz 1)
- ◆ **«Den zuständigen Grenzbehörden ist es damit verwehrt, überhaupt noch Binnengrenzkontrollen vorzunehmen. Mit der Befreiung von Grenzkontrollen entfällt die Verpflichtung, ein gültiges Grenzübertrittsdokument vorzuweisen oder vorzulegen.»**
(Schengen Rechtsbestand, S. 160)
- ◆ **«Die Vollendung des Binnenmarktes setzt ... eine Angleichung des Waffenrechts voraus.»**
(Richtlinie 91/477/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen)
- ◆ **«... gestatten die Mitgliedstaaten den Erwerb und den Besitz von Feuerwaffen ... nur Personen, die dafür eine Rechtfertigung anführen können.»**
(Art. 5 Richtlinie 91/477/EWG)

Dem Co-Präsidium des schweizerischen Aktionskomitees gegen Schengen-/EU-Beitritt gehören an:

Nationalrat Adrian Amstutz BE, Nationalrat Attilio Bignasca TI, Nationalrat Hans Fehr ZH, Nationalrat Oskar Freysinger VS, Regierungsrätin Rita Fuhrer ZH, David Glatz Ehrenpräsident Schweizerischer Schiesssportverband BE, Nationalrat Ueli Maurer ZH, Nationalrat Ivan Perrin NE, Nationalrat Simon Schenk BE, Nationalrat Dr. Pirmin Schwander SZ.

Hier unterschreiben gegen den Schengen-Beitritt:

Referendum gegen den Bundesbeschluss vom 17.12.2004 über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 Abs. 1 Bst. d Ziff. 3 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17.12.1976 über die politischen Rechte, Art. 59ff, dass der Bundesbeschluss vom 17.12.2004 über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürger(-innen), die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde				
Nr.	Name <small>(handschriftlich und in Blockschrift)</small>	Vorname	Genaues Geburtsdatum <small>(Tag/Monat/Jahr)</small>	Wohnadresse <small>(Strasse und Hausnummer)</small>	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle <small>(leer lassen)</small>
1.						
2.						
3.						

Ablauf der Referendumsfrist: 31. März 2005

Die untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Aktionskomitee eingeholt.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: _____

Datum: _____

Diese GANZE Seite vollständig oder teilweise ausgefüllt rasch zurücksenden an das Aktionskomitee gegen Schengen-/EU-Beitritt, Postfach 669, 3000 Bern 31